

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1993

Ausgegeben am 12. März 1993

69. Stück

172. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens
173. Kundmachung: Geltungsbereich der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse
174. Kundmachung: Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse
175. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten an den Universitäten
176. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Hochschulzeugnisse
177. Kundmachung: Beendigung der pragmatischen Weiteranwendung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Verbringung von Waren im Kleinen Grenzverkehr
178. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
179. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Übertragung der Strafverfolgung
180. Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen
181. Änderung des Art. 26 der Satzung des Europarats
182. Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technischem und sozialem Gebiet zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Burkina Faso
-

172. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat das Ministerkomitee auf seiner 484. Tagung der Ministerdelegierten des Europarats die ausdrückliche Erklärung der Slowakei und der Tschechischen Republik, sich an das Europäische Kulturabkommen *) , dem die Tschechoslowakei als Vertragspartei angehörte, gebunden zu erachten, zur Kenntnis genommen und beschlossen, daß die Slowakei und die Tschechische Republik rückwirkend mit 1. Jänner 1993 Vertragsparteien dieses Abkommens sind.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 80/1958, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 705/1992.

Vranitzky

173. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat das Ministerkomitee auf seiner 484. Tagung der Ministerdelegierten des Europarats die ausdrückliche Erklärung der Slowakei und der Tschechischen Republik, sich an die Europäische Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse *) , dem die Tschechoslowakei als Vertragspartei angehörte, gebunden zu erachten, zur Kenntnis genommen und beschlossen, daß die Slowakei und die Tschechische Republik rückwirkend mit 1. Jänner 1993 Vertragsparteien dieser Konvention sind.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 44/1957, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 702/1992.

Vranitzky

174. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat das Ministerkomitee auf seiner 484. Tagung der Ministerdelegierten des Europarats die ausdrückliche Erklärung der Slowakei und der Tschechischen Republik, sich an das Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse*), dem die Tschechoslowakei als Vertragspartei angehörte, gebunden zu erachten, zur Kenntnis genommen und beschlossen, daß die Slowakei und die Tschechische Republik rückwirkend mit 1. Jänner 1993 Vertragsparteien dieses Zusatzprotokolls sind.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 327/1985, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 703/1992.

Vranitzky

175. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten an den Universitäten

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat das Ministerkomitee auf seiner 484. Tagung der Ministerdelegierten des Europarats die ausdrückliche Erklärung der Slowakei und der Tschechischen Republik, sich an das Europäische Abkommen über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten an den Universitäten*), dem die Tschechoslowakei als Vertragspartei angehörte, gebunden zu erachten, zur Kenntnis genommen und beschlossen, daß die Slowakei und die Tschechische Republik rückwirkend mit 1. Jänner 1993 Vertragsparteien dieses Abkommens sind.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 231/1957, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 704/1992.

Vranitzky

176. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Hochschulzeugnisse

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat das Ministerkomitee auf seiner

484. Tagung der Ministerdelegierten des Europarats die ausdrückliche Erklärung der Slowakei und der Tschechischen Republik, sich an das Europäische Abkommen über die Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Hochschulzeugnisse*), dem die Tschechoslowakei als Vertragspartei angehörte, gebunden zu erachten, zur Kenntnis genommen und beschlossen, daß die Slowakei und die Tschechische Republik rückwirkend mit 1. Jänner 1993 Vertragsparteien dieses Abkommens sind.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 143/1961, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 706/1992.

Vranitzky

177. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Beendigung der pragmatischen Weiteranwendung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Verbringung von Waren im Kleinen Grenzverkehr

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht, daß das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Verbringung von Waren im Kleinen Grenzverkehr (BGBl. Nr. 400/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 235/1987) im Verhältnis zu Slowenien mit Ablauf des 14. Jänner 1993 nicht weiter anzuwenden ist.

Vranitzky

178. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat das Ministerkomitee auf seiner 484. Tagung der Ministerdelegierten des Europarats die ausdrückliche Erklärung der Slowakei und der Tschechischen Republik, sich an das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen*), dem die Tschechoslowakei als Vertragspartei angehörte, gebunden zu erachten, zur Kenntnis genommen und beschlossen, daß die

Slowakei und die Tschechische Republik rückwirkend mit 1. Jänner 1993 Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 41/1969, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 607/1992.

Vranitzky

— in den Niederlanden: jedes unrechtmäßige Verhalten, auf welches die administrativen Durchführungsbestimmungen zum Verkehrsvorschriftengesetz (Wet administratiefrechtelijke handhaving verkeersvoorschriften) vom 3. Juli 1989 Anwendung finden (Gesetzes- und Verordnungenbulletin 300)

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 250/1980, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 531/1988.

Vranitzky

179. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Übertragung der Strafverfolgung

Einer Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats zufolge hat das Ministerkomitee auf seiner 484. Tagung der Ministerdelegierten des Europarats die ausdrückliche Erklärung der Slowakei und der Tschechischen Republik, sich an das Europäische Übereinkommen über die Übertragung der Strafverfolgung *), das die Tschechoslowakei am 15. April 1992 unter dem Vorbehalt, daß Art. 22 und 23 nicht angenommen werden, ratifiziert hatte, gebunden zu erachten, zur Kenntnis genommen und beschlossen, daß die Slowakei und die Tschechische Republik rückwirkend mit 1. Jänner 1993 Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind.

Ferner haben die Niederlande gemäß Art. 42 Abs. 1 folgende Erklärung abgegeben:

Das Königreich der Niederlande bestimmt folgende Rechtsvorschriften zur Aufnahme in die Anlage III des Übereinkommens:

180. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat das Ministerkomitee auf seiner 484. Tagung der Ministerdelegierten des Europarats die ausdrückliche Erklärung der Slowakei und der Tschechischen Republik, sich an das Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen *), dem die Tschechoslowakei als Vertragspartei angehörte, gebunden zu erachten, zur Kenntnis genommen und beschlossen, daß die Slowakei und die Tschechische Republik rückwirkend mit 1. Jänner 1993 Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 524/1986, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 81/1993.

Vranitzky

181.

Änderung des Art. 26 der Satzung des Europarats

CERTIFICATE OF THE SECRETARY GENERAL OF THE COUNCIL OF EUROPE

Whereas paragraph (d) of Article 41 of the Statute of the Council of Europe provides that

PROCÈS-VERBAL DU SECRÉTAIRE GÉNÉRAL DU CONSEIL DE L'EUROPE

Considérant que le paragraphe d de l'article 41 du Statut du Conseil de l'Europe énonce que les

amendments to Articles 23—35, 38 and 39 which have been approved by the Committee of Ministers and the Consultative Assembly shall come into force on the date of the certificate of the Secretary General, transmitted to the governments of members, certifying that they have been so approved,

The Secretary General hereby certifies as follows:

1. The Committee of Ministers at the 484th meeting of the Ministers' Deputies, held on 8 January 1993, approved the amendment to Article 26 of the Statute, the text of which is set out below;

2. The consultative Assembly approved the same Amendment on 1 February 1993;

3. Both organs of the Council of Europe having thus approved it, the amendment comes into force on the 5th day of February 1993, being the date of this certificate, transmitted on the same date to the governments of members.

The amended text of Article 26 is worded as follows:

“Members shall be entitled to the number of Representatives given below:

Austria	6
Belgium	7
Bulgaria	6
Cyprus	3
Denmark	5
Finland	5
France	18
Germany	18
Greece	7
Hungary	7
Iceland	3
Ireland	4
Italy	18
Liechtenstein	2
Luxembourg	3
Malta	3
Netherlands	7
Norway	5
Poland	12
Portugal	7
San Marino	2
Spain	12
Sweden	6
Switzerland	6
Turkey	12
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	18”

DONE at Strasbourg, this 5th day of February 1993.

amendements aux articles 23 à 35, 38 et 39, qui auront été approuvés par le Comité des Ministres et l'Assemblée Consultative, entreront en vigueur à la date du procès-verbal ad hoc établi par le Secrétaire Général, communiqué aux gouvernements des membres et attestant l'approbation donnée auxdits amendements,

Le Secrétaire Général certifie, par les présentes, ce qui suit:

1. Le Comité des Ministres a approuvé, au cours de la 484^e réunion des Délégués des Ministres, tenue le 8 janvier 1993, l'amendement à l'article 26 du Statut et a libellé le texte dans la forme reproduite ci-dessous;

2. L'Assemblée Consultative a approuvé le 1^{er} février 1993 le même amendement;

3. Cet amendement, ainsi approuvé par les deux organes du Conseil de l'Europe, entre en vigueur le 5 février 1993, date du présent procès-verbal, communiqué le même jour aux gouvernements des membres.

Le texte amendé dudit article 26 est libellé comme suit:

«Les membres ont droit au nombre de sièges suivants:

Autriche	6
Belgique	7
Bulgarie	6
Chypre	3
Danemark	5
Finlande	5
France	18
Allemagne	18
Grèce	7
Hongrie	7
Islande	3
Irlande	4
Italie	18
Liechtenstein	2
Luxembourg	3
Malte	3
Pays-Bas	7
Norvège	5
Pologne	12
Portugal	7
Saint-Marin	2
Espagne	12
Suède	6
Suisse	6
Turquie	12
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord	18»

FAIT à Strasbourg, le 5 février 1993.

(Übersetzung)

BESCHEINIGUNG DES GENERALSEKRETÄRS DES EUROPARATS

Nachdem Art. 41 Abs. d der Satzung des Europarats *) vorsieht, daß Änderungen der Artikel 23 bis 35 und 39 nach ihrer jeweiligen Billigung durch das Ministerkomitee und die Beratende Versammlung mit dem Datum der vom Generalsekretär ausgestellten Bescheinigung, die den Regierungen der Mitglieder zu übersenden ist und die Billigung der genannten Änderungen beglaubigt, in Kraft treten, beglaubigt der Generalsekretär hiemit wie folgt:

1. Das Ministerkomitee hat auf seiner 484. Tagung der Ministerdelegierten, abgehalten am 8. Jänner 1993, die Änderung zu Art. 26 der Satzung genehmigt, dessen Text nachstehend wiedergegeben wird;

2. Die Beratende Versammlung hat dieselbe Änderung am 1. Februar 1993 genehmigt;

3. Nachdem diese Änderung durch beide Organe des Europarats genehmigt worden ist, tritt sie mit 5. Februar 1993, dem Datum der vorliegenden Bescheinigung, die am selben Tag den Regierungen der Mitglieder übersendet worden ist, in Kraft.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 121/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1992.

Der geänderte Text des Art. 26 lautet wie folgt:

„Die Mitglieder haben Anspruch auf die nachstehend angegebene Zahl von Sitzen:

Österreich	6
Belgien	7
Bulgarien	6
Zypern	3
Dänemark	5
Finnland	5
Frankreich	18
Deutschland	18
Griechenland	7
Ungarn	7
Island	3
Irland	4
Italien	18
Liechtenstein	2
Luxemburg	3
Malta	3
Niederlande	7
Norwegen	5
Polen	12
Portugal	7
San Marino	2
Spanien	12
Schweden	6
Schweiz	6
Türkei	12
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	18“

GESCHEHEN zu Straßburg, am 5. Februar 1993.

Vranitzky

182.

**RAHMENABKOMMEN
ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT AUF
WIRTSCHAFTLICHEM, TECHNISCHEM
UND SOZIALEM GEBIET ZWISCHEN
DER ÖSTERREICHISCHEN
BUNDESREGIERUNG UND DER REGIE-
RUNG VON BURKINA FASO**

Die Österreichische Bundesregierung einerseits und die Regierung von Burkina Faso andererseits,

in dem Bestreben die bestehenden Bande der Freundschaft zwischen der Republik Österreich und Burkina Faso zu verstärken,

in dem Bestreben, den Rahmen und die Bedingungen der Durchführung eines Zusammenarbeitsprogrammes zwischen den beiden Ländern,

**ACCORD GÉNÉRAL
DE COOPÉRATION ÉCONOMIQUE,
TECHNIQUE ET SOCIALE ENTRE LE
GOUVERNEMENT FÉDÉRAL D'AUTRICHE
ET LE GOUVERNEMENT DU
BURKINA FASO**

Le Gouvernement fédéral d'Autriche d'une part et le Gouvernement du Burkina Faso d'autre part,

Désireux de renforcer les liens d'amitié existant entre la République d'Autriche et le Burkina Faso,

Désireux d'établir le cadre et les modalités d'application d'un programme de coopération entre les deux pays, conformément aux objectifs de

in Übereinstimmung mit den Zielen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Burkina Faso festzulegen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die wirtschaftliche, soziale, kulturelle, wissenschaftliche und technische Entwicklung von Burkina Faso zu fördern.

(2) Im Rahmen des gegenständlichen Abkommens wird die Österreichische Bundesregierung der Regierung von Burkina Faso wirtschaftliche und technische Hilfe leisten. Die einzelnen Projekte, denen Unterstützung zukommen wird, werden Gegenstand getrennter Übereinkommen sein.

(3) Die wirtschaftliche und technische Unterstützung, welche die Österreichische Bundesregierung in Übereinstimmung mit Absatz 2 gewähren wird, kann in Form folgender Leistungen erfolgen:

1. Abstellung von österreichischen Fachkräften;
2. Hilfe bei der Ausbildung burkinischer Fachkräfte in Burkina Faso oder in Österreich;
3. Lieferung von Material, welches zur Durchführung von Projekten dient;
4. Finanzielle Beteiligung an der Durchführung von Projekten.

(4) Hilfe bei der Ausbildung burkinischer Fachkräfte, gemäß Abs. 3 Z 2 des gegenständlichen Artikels kann in folgender Form gewährt werden:

1. Stipendien;
2. Einladungen zur Teilnahme an Spezialkursen, welche in Österreich für Angehörige von Entwicklungsländern veranstaltet werden;
3. Hilfe zur Gründung und Entwicklung von Ausbildungszentren in Burkina Faso.

(5) Die Stipendien und die Kurse werden entsprechend festgelegten Regeln vergeben werden, über welche Burkina Faso auf diplomatischem Weg informiert werden wird.

Artikel 2

(1) Die Österreichische Bundesregierung wird die österreichischen Fachkräfte durch privatrechtliche Verträge dazu verpflichten, für die Dauer ihrer Tätigkeit in Burkina Faso keine andere auf Gewinn ausgerichtete Tätigkeit auszuüben, die Gesetze von Burkina Faso zu respektieren und sich vor allem jeglicher politischer Tätigkeit, welche sich auf die inneren Angelegenheiten von Burkina Faso bezieht, zu enthalten.

(2) Die Aufgaben der Fachkräfte in den von ihnen betreuten Projekten werden in den getrennten Übereinkommen, die gemäß Art. 1 Abs. 2 abgeschlossen werden, genauer definiert werden.

développement économique et sociale du Burkina Faso,

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1

(1) Les Parties contractantes s'engagent à promouvoir, dans la mesure de leurs possibilités, le développement économique, social, culturel, scientifique et technique du Burkina Faso.

(2) Dans le cadre du présent Accord, le Gouvernement fédéral d'Autriche fournira au Gouvernement Burkinabè une assistance économique et technique. Les différents projets devant bénéficier de l'assistance feront l'objet d'accords séparés.

(3) L'assistance économique et technique accordée par le Gouvernement fédéral d'Autriche, conformément au paragraphe 2, pourra être fournie sous forme de prestations suivantes:

1. Détachement de spécialistes autrichiens;
2. Aide à la formation de spécialistes burkinabè au Burkina Faso et/ou en Autriche;
3. Fourniture de matériels servant à la réalisation des projets;
4. Contribution financière à l'exécution des projets.

(4) L'aide à la formation de spécialistes burkinabè conformément au paragraphe 3 (2) du présent article peut être fournie sous forme de:

1. Bourses d'études;
2. Invitations à participer aux cours spéciaux organisés en Autriche pour les ressortissants des pays en voie de développement;
3. Aide à la création et au développement de centres de formation au Burkina Faso.

(5) Les bourses d'études et de stages seront accordées selon des règles fixes dont le Burkina Faso sera informé par la voie diplomatique.

Article 2

(1) Le Gouvernement fédéral d'Autriche obligera les spécialistes autrichiens par des contrats de droit privé, pour la durée de leur affectation au Burkina Faso, à n'exercer aucune autre activité lucrative, à respecter les lois du Burkina Faso et à s'abstenir notamment d'activités politiques concernant les affaires intérieures du Burkina Faso.

(2) Les fonctions de spécialistes dans les projets d'affectation seront définies dans les accords séparés prévus au paragraphe 2 de l'article premier.

(3) Die Vertragsparteien verzichten darauf, die österreichischen Fachkräfte für irgendwelche Tätigkeiten heranzuziehen, welche sich von den übereinstimmend festgelegten unterscheiden. Die burkinische Seite kann jedoch jeder österreichischen Fachkraft Aufgaben anvertrauen, die sich von den vereinbarten unterscheiden, unter der Voraussetzung der Zustimmung der Fachkraft und unter der Bedingung, daß die österreichische Seite ihre Zustimmung gibt.

Artikel 3

Im Rahmen der Abstellung österreichischer Fachkräfte verpflichtet sich die österreichische Seite, folgende Leistungen zu erbringen:

1. Gehalt und Nebengebühren, Sozialleistungen und Versicherungen;
2. Die Reisekosten Österreich—Burkina Faso hin und zurück für die österreichischen Fachkräfte und die Mitglieder ihrer Familien;
3. Die Transportkosten für die persönliche Habe und eventuelle berufliche Ausstattung der österreichischen Fachkräfte und ihrer Familien nach Burkina Faso und zurück;
4. Die Wohnungskosten für die österreichischen Fachkräfte und ihre Familien;
5. Die Reisekosten für Urlaubsreisen in Burkina Faso oder ins Ausland, soweit sie nicht von den österreichischen Fachkräften selbst zu tragen sind.

Artikel 4

Im Rahmen des gegenständlichen Abkommens und der zu erbringenden Leistungen verpflichtet sich die burkinische Seite zu folgendem:

1. Die Kosten der Dienstreisen der österreichischen Fachkräfte innerhalb von Burkina Faso zu übernehmen, welche über Auftrag und mit Zustimmung einer burkinischen Behörde erfolgen, in Übereinstimmung mit dem Inhalt des Artikel 2 Abs. 3.
2. Die eventuell aufgelaufenen Transportkosten innerhalb von Burkina Faso für Ausrüstungsgegenstände zur Ausübung der Tätigkeit der österreichischen Fachkräfte im Rahmen der Durchführung der Hilfsprojekte werden durch die Projekte getragen und unterliegen den in getrennten Übereinkommen zu bestimmenden Regeln gemäß Artikel 1 Abs. 2.
3. Mit Ausnahme von Nahrungsmitteln und Getränken sind die Gegenstände und die übliche persönliche Habe, ebenso wie Material und berufliche Ausrüstung der österreichischen Fachkräfte, die ihnen gehören und die sie zum Zeitpunkt ihres ersten Aufenthaltes in Burkina Faso begleiten, von Zoll und Steuer bei ihrer Einfuhr nach Burkina Faso

(3) Les parties contractantes renoncent à avoir recours aux spécialistes autrichiens pour des services de toute autre nature que celles inhérentes aux fonctions convenues. Toutefois, la partie burkinabè pourra confier à tout spécialiste autrichien des missions autres que celles convenues, sous réserve de l'agrément de celui-ci et à condition que la partie autrichienne marque son consentement.

Article 3

Dans le cadre du détachement de spécialistes autrichiens, la Partie Autrichienne prendra en charge les prestations suivantes:

1. Les traitements et autres émoluments, les prestations sociales et les assurances;
2. Les frais de voyage d'Autriche au Burkina Faso, aller et retour, pour les spécialistes et les membres de leurs familles;
3. Les frais de transport pour les effets personnels et les équipements professionnels éventuels des spécialistes autrichiens et de leurs familles, d'Autriche au Burkina Faso, aller et retour;
4. Les frais d'hébergement pour les spécialistes autrichiens et leurs familles;
5. Les frais pour voyages de vacances au Burkina Faso où à l'étranger, à moins qu'ils ne soient à la charge du spécialiste autrichien lui-même.

Article 4

Dans le cadre du présent Accord et des prestations qui lui incombent, la Partie Burkinabè:

1. Prendra en charge les frais des voyages de service faits par les spécialistes autrichiens à l'intérieur du Burkina Faso sur ordre ou avec le consentement d'une autorité burkinabè conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 2.
2. Les frais de transport éventuels à l'intérieur du Burkina Faso pour les équipements destinés à l'usage professionnel des spécialistes dans le cadre de la réalisation des projets de coopération seront supportés par les projets et les règles dans les accords séparés selon l'article 1 (2).
3. A l'exception des denrées alimentaires et des boissons, les effets ou objets personnels en cours d'usage, ainsi que les matériels et équipements professionnels des spécialistes autrichiens, qui leur appartiennent et qui les accompagnent à l'occasion de leur première installation, bénéficieront du régime d'admission en franchise temporaire des droits et

befreit. Die Einfuhr dieser Gegenstände und Materialien und die Aufenthaltsnahme ihres Eigentümers müssen gleichzeitig erfolgen. Die Zollbehörde von Burkina Faso wird jedoch von der Annahme ausgehen, daß diese Bedingung erfüllt ist, wenn der Zeitraum, der zwischen diesen beiden Ereignissen verstreicht, sechs Monate nicht übersteigt.

4. Jede österreichische Fachkraft hat das Recht, zoll- und steuerfrei, mit Ausnahme der Verkehrssteuer, ein Motorfahrzeug pro Familie einzuführen.

Die Fahrzeuge, welche zoll- und steuerfrei eingeführt wurden, ebenso wie die Gegenstände, welche zoll- und steuerfrei eingeführt oder in Burkina Faso gekauft wurden, können frei und ohne Gebühr wieder ausgeführt oder an eine physische oder juristische Person verkauft werden, welche die gleichen Rechte genießt wie der Besitzer. Der neue Besitzer ist verantwortlich für die Entrichtung der Verkehrssteuer.

5. Die österreichischen Fachkräfte sind von allen Steuern, Gebühren und anderen Fiskal-lasten auf alle Einkünfte, die sie von der österreichischen Regierung im Rahmen ihres Arbeitsvertrages erhalten, befreit, mit Ausnahme der nachfolgend angeführten Steuern:
- Kraftfahrzeugsteuer
 - Fahrradsteuer
 - Viehsteuer
 - Waffensteuer
 - Steuer auf Fernsehgeräte
 - Spezialsteuer auf asphaltierte Straßen.
6. Die burkinische Seite wird den österreichischen Fachkräften ohne Gebühr Einreise-sichtvermerke und Aufenthaltsbewilligungen, Arbeitsbewilligungen und sonstige Ausweise ausstellen, welche ihnen die Unterstützung der zuständigen Behörden in der Ausführung ihrer Pflichten garantieren.
7. Garantie für die österreichischen Fachkräfte und ihre Familien auf die ungehinderte Bewegungsfreiheit auf dem Territorium von Burkina Faso unter der Bedingung der Befolgung der bestehenden Gesetze.
8. Garantie für die österreichischen Fachkräfte und ihre Familien hinsichtlich der medizinischen Behandlung in dem Maße, in dem eine solche Fachkräften jeder anderen Nationalität in Burkina Faso gewährt wird.
- Die Dauer desurlaubes der österreichischen Fachkräfte wird von der österreichischen Seite festgesetzt und der burkinischen Seite mitgeteilt. Grundsätzlich hat die Fachkraft Recht auf einen Monat Urlaub pro Jahr, nach elf Monaten Anwesenheit in Burkina Faso, ausgenommen abweichende Regelungen in den im Artikel 1 Abs. 2 vorgesehenen Abkommen.

taxes lors de leur entrée au Burkina Faso. L'introduction de ces objets et matériels et l'installation de leur propriétaire doivent être concomitantes. Le service des douanes considérera néanmoins que cette condition est remplie si le délai qui se sera écoulé entre les deux événements n'excède pas six (6) mois.

4. Chaque spécialiste autrichien pourra bénéficier de l'importation temporaire d'un véhicule à moteur par famille en franchise des droits et taxes à l'exception des taxes pour services rendus.

Les véhicules jouissant du régime de l'importation temporaire en franchise et les biens introduits ou achetés hors taxes lors de l'entrée au Burkina Faso pourront librement et sans charges être réexportés ou vendus à une personne physique ou morale, ayant les mêmes droits que le propriétaire. Le nouveau propriétaire reste redevable des taxes pour services rendus.

5. Exonérera les spécialistes autrichiens de tous impôts, taxes et autres charges fiscales sur toutes les rémunérations versées par le Gouvernement fédérale Autrichien dans le cadre de l'Accord au dit spécialiste à l'exclusion des taxes mentionnées ci-dessous:
- la taxe sur les véhicules à moteurs (vignettes);
 - la taxe sur les vélocipèdes (vignettes);
 - la taxe sur le bétail;
 - la taxe sur les armes;
 - la taxe sur les téléviseurs;
 - la taxe spécifique sur les routes bitumées.
6. Délivrera aux spécialistes autrichiens à titre gratuit les visas d'entrée et de séjour, des permis de travail et toutes pièces d'identité leur assurant l'assistance des services compétents dans l'accomplissement de leurs tâches.
7. Assurera aux spécialistes autrichiens et à leurs familles la liberté de mouvement sans entrave sur le territoire, sous réserve d'observation des règlements en vigueur.
8. Assurera aux spécialistes autrichiens et leurs familles les soins médicaux dans la mesure où ils sont assurés au Burkina Faso aux spécialistes de tout autre nationalité.
- La durée du congé à accorder aux spécialistes autrichiens sera fixée par la Partie Autrichienne et communiquée à la Partie Burkinabè. En principe le spécialiste a droit à un mois de congé par an, après onze mois de mission, sauf disposition contraire dans les accords prévus au paragraphe 2 de l'article premier.

9. Die burkinische Seite wird die Rückführung der österreichischen Fachkräfte und ihrer Familien in nationalen oder internationalen Krisenzeiten erleichtern.
10. Die burkinische Seite verpflichtet sich, den österreichischen Fachkräften Schutz und Privilegien zu gewähren, die denen entsprechen, die Fachkräften aller anderen Industriestaaten gewährt werden, die ein Rahmenabkommen über technische Hilfe mit Burkina Faso abgeschlossen haben.
9. Facilitera le rapatriement des spécialistes autrichiens et de leurs familles en période de crise nationale ou internationale grave.
10. S'engage à accorder aux spécialistes autrichiens une protection et des privilèges analogues à ceux dont bénéficient les spécialistes de tout autre pays industrialisé ayant conclu un Accord de Coopération avec le Burkina Faso.

Artikel 5

(1) Die Regierung von Burkina Faso nimmt die Haftung:

- a) für alle Schäden, die aus der Durchführung von Projekten gemäß Artikel 1 Abs. 2 entstehen können.
- b) vor allem für alle Schäden, die österreichische Fachkräfte einer wie immer gearteten Person in Erfüllung ihrer Aufgaben zufügen. Was solche Schäden anbelangt, wird die Regierung von Burkina Faso die Geschädigten entschädigen und die österreichischen Fachkräfte vor jeder gegen sie gerichteten Schadenersatzklage bewahren.

(2) Verantwortung der Österreichischen Bundesregierung und der österreichischen Fachkräfte für Schäden, welche bei der Durchführung von Projekten, wie in Artikel 1 Abs. 2 vorgesehen, Dritten bzw. deren Eigentum zugefügt werden bzw. welche den Verlust dieses Eigentums bewirken, kann nur dann eintreten, wenn ein schweres, schuldhaftes Verhalten, ein Diebstahl oder eine mit strafrechtlichen Sanktionen bedrohte Fahrlässigkeit der österreichischen Fachkraft vorliegt.

(3) Die österreichischen Fachkräfte und ihre Familien sind den in Kraft stehenden Gesetzen von Burkina Faso unterworfen.

(4) Wird eine österreichische Fachkraft oder ein Mitglied seiner Familie festgenommen oder inhaftiert, verpflichtet sich Burkina Faso, dies unverzüglich der österreichischen Seite bekanntzugeben, unter genauer Angabe der Gründe der Verhaftung oder Festhaltung und der Gewährung der Möglichkeit des Besuches der betroffenen Personen durch offizielle Vertreter Österreichs.

Artikel 6

(1) Die burkinische Seite kann jederzeit die Arbeit einer österreichischen Fachkraft beenden, wenn sie der Ansicht ist, daß seine Tätigkeit mit den Verpflichtungen aus seiner Funktion unvereinbar ist.

(2) Vor einer solchen Maßnahme wird die burkinische Seite die österreichische Seite schriftlich und auf diplomatischem Weg von der vorgesehenen

Article 5

(1) Le Gouvernement du Burkina Faso est responsable:

- a) De tous les dommages résultant de la mise en œuvre des projets prévus au paragraphe 2 de l'article premier du présent Accord.
- b) Notamment de tous les dommages que les spécialistes autrichiens causeront à qui que ce soit dans l'accomplissement des tâches qui leur sont assignées. En ce qui concerne de tels dommages, le Gouvernement du Burkina Faso assurera l'indemnisation des victimes et mettra les spécialistes autrichiens à couvert de toute action en justice intentée à leur encontre.

(2) La responsabilité du Gouvernement fédéral d'Autriche et des spécialistes autrichiens ne peut être engagée en raison des dommages causés à des tiers, à leurs biens ou de perte de ces biens du fait de la mise en œuvre des projets prévus au paragraphe 2 de l'article I, sauf dans la mesure où ces dommages ou pertes résultent d'une faute lourde, d'un vol ou d'une négligence passible de sanctions pénales de la part des spécialistes autrichiens.

(3) Les spécialistes autrichiens et leurs familles sont assujettis à la législation en vigueur du Burkina Faso.

(4) Dans le cas où un spécialiste autrichien ou un membre de sa famille est arrêté, ou détenu, le Burkina Faso s'engage à communiquer immédiatement avec la partie autrichienne en spécifiant la cause de l'arrestation ou de la détention et en permettant aux représentants officiels autrichiens de rendre visite aux personnes intéressées.

Article 6

(1) La Partie Burkinabè peut, à tout moment, mettre fin à l'emploi d'un spécialiste autrichien lorsqu'elle considère ses activités incompatibles avec les exigences de ses fonctions.

(2) Avant de prendre une telle décision, la Partie Burkinabè informe la Partie Autrichienne par écrit et par la voie diplomatique de la mesure envisagée.

Maßnahme verständigen. Die Maßnahme muß begründet sein. Sie tritt entweder sofort in Kraft oder ein Monat nach der Verständigung je nach dem Ernst des schuldhaften Verhaltens.

Cette décision doit être motivée pour entrer en vigueur soit immédiatement, soit dans un mois après la notification en fonction de la gravité de la faute commise.

Artikel 7

(1) Die Ausrüstung, welche von der österreichischen Seite zur Durchführung eines Projektes zur Verfügung gestellt wird, bleibt bis zum Ende des Projektes ihr Eigentum (und in der Verfügungsgewalt der in den getrennten Abkommen gemäß Artikel 1 Abs. 2 genannten Verantwortlichen).

(2) Nach Ende des Projektes wird das Eigentumsrecht an der Ausrüstung an die burkinische Seite übertragen. Die österreichische Seite behält sich jedoch das Recht vor, die Ausrüstung einem anderen Projekt der technischen Zusammenarbeit in Burkina Faso zur Verfügung zu stellen.

Article 7

(1) L'équipement mis à la disposition d'un projet de coopération par le Gouvernement fédéral d'Autriche reste jusqu'à la fin du projet sa propriété (et à la disposition des responsables désignés dans les accords séparés mentionnés dans le paragraphe 2 de l'article premier).

(2) A la fin du projet, il sera transféré à la Partie Burkinabè. La Partie Autrichienne se réserve toutefois le droit de mettre l'équipement à la disposition d'un autre projet de coopération entre les deux parties.

Artikel 8

(1) Fahrzeuge, Ersatzteile, Gegenstände, berufliche Ausrüstung, neues Betriebsmaterial, Treibstoffe und Schmiermittel, welche zwecks Durchführung und Betreiben der Projekte eingeführt oder lokal gekauft werden, sind von Steuern und Zöllen, mit Ausnahme der Verkehrssteuer, befreit.

(2) Die oben genannten Gegenstände können in weiterer Folge definitiv von Steuern und Zöllen befreit werden, wenn sie ohne Gegenleistung der Regierung von Burkina Faso oder einer anderen österreichischen Fachkraft, welche im Rahmen dieses Abkommens beschäftigt wird, übergeben werden.

Article 8

(1) Les véhicules, pièces détachées, matériels, équipements professionnels, fournitures neufs, carburants et lubrifiants importés ou acquis sur le marché local pour l'exécution et le fonctionnement des projets seront soumis au régime de l'admission en franchise temporaire des droits et taxes d'entrée avec paiement des seules taxes pour services rendus.

(2) Lesdits matériels et fournitures pourront bénéficier ultérieurement de la franchise définitive s'ils sont offerts gratuitement au Gouvernement du Burkina Faso ou à un autre spécialiste autrichien dans le cadre de cet Accord.

Artikel 9

Alle Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Auslegung oder der Anwendung dieses Abkommens sind auf diplomatischem Weg zu regeln.

Article 9

Tout différend relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Accord est réglé par la voie diplomatique.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Weg mitgeteilt haben, daß die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Das Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Es verlängert sich stillschweigend um ein weiteres Jahr, sofern die Kündigung nicht sechs Monate vor Ende der Vertragsperiode schriftlich auf diplomatischem Weg einlangt. Jede Regierung hat jedoch das Recht, das Abkommen

Article 10

(1) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant la date à laquelle les Parties Contractantes se seront mutuellement informées, par écrit et par la voie diplomatique, de l'accomplissement des procédures internes propres à chaque pays.

(2) L'Accord est conclu pour une durée de cinq (5) ans. Il sera considéré comme prorogé par tacite reconduction chaque fois pour une période d'un an, à moins de dénonciation six mois avant la fin de la période en cours par écrit et par la voie diplomatique. Chaque gouvernement aura toutefois

jederzeit mit einer Frist von drei Monaten schriftlich auf diplomatischem Weg zu kündigen.

(3) Im Falle der Aufkündigung bleiben die Artikel 3, 4 und 5 für die Dauer eines Jahres in Kraft. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des gegenständlichen Abkommens unterliegen alle Projekte der Zusammenarbeit zwischen Österreich und Burkina Faso, unter Einschluß derer, die sich bereits in Ausführung befinden, den Bestimmungen dieses Abkommens.

Geschehen in Wien, am 17. Jänner 1991. Dieser Vertrag wird in zwei Originalen in deutscher und französischer Sprache errichtet, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:
Dr. Erich Hochleitner

Für die Regierung von Burkina Faso:
Moumouni Fabré

le droit de dénoncer l'Accord à tout moment avec un préavis de trois mois par écrit et par la voie diplomatique.

(3) En cas de dénonciation, les articles 3, 4 et 5 du présent Accord continueront à être appliqués pendant un délai d'un an. A partir de l'entrée en vigueur du présent Accord, tous les projets de coopération Austro-Burkinabè y compris ceux en voie d'exécution seront réglés par ses dispositions.

Fait à Vienne, le 17 Janvier 1991, en deux originaux en langues allemande et française, chacun des deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement fédéral d'Autriche:
Dr. Erich Hochleitner

Pour le Gouvernement du Burkina Faso:
Moumouni Fabré

Die Mitteilungen gemäß Art. 10 Abs. 1 des Abkommens wurden am 13. März bzw. 9. Dezember 1992 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 10 Abs. 1 mit 1. März 1993 in Kraft.

Vranitzky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 3000 Seiten S 1259,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 1359,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 2,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 10,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 531 61.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7.272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.